AfD | Alternative Hauptstadtfraktion

NACHRICHTEN AUS DER AFD-FRAKTION IM ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN | FRÜHJAHR/SOMMER 2025

Rassismus-Enquete

Doppelmoral der Machthaber entlarvt

Kristin Brinker mit Feroz Khan vor der Wahl der Enquete-Mitglieder im Berliner Parlament

Wichtige Fragen für Berlins Abgeordnete: Werden Menschen in Berlin diskriminiert? Wenn ja, warum? Und was unternimmt der Staat dagegen? Es würde sich lohnen, diesen Fragen unvoreingenommen nachzugehen.

Vermutlich würde sich zeigen, dass es neben Rassismus und Moslemfeindlichkeit auch Anschlagsserien gegen rechte Dissidenten gibt. Dass christliche oder deutsche Schulkinder als Kartoffeln oder Schweine diffamiert oder in ihrer Freizeit gezielt abgezockt werden. Dass Bürger mit der falschen Weltanschauung kein Konto erhalten oder beruflich gemobbt werden. All das gibt es.

Die tonangebenden Parteien einschließlich der CDU haben ihre Enquetekommission, die sich mit Diskriminierung befassen soll, aber gleich so betitelt, dass niemand darauf kommen soll, derlei Fragen zu stellen: Vorrangig soll es um Antisemitismus, Rassismus und Muslimfeindlichkeit gehen.

Natürlich hat die Alternative für Deutschland auch dazu etwas beizutragen. Gemäß den Regeln eines solchen Gremiums haben wir zwei Experten, die zu der zuweilen weinerlichen Debatte über angebliche oder vermeintliche Diskriminierung etwas beizutragen haben: Feroz Khan, pakistanischstämmiger Blogger und Kritiker der Einwanderungspolitik, und Fabian Schmidt-Ahmad, Journalist und ebenfalls Berliner mit Migrationshintergrund.

Am 27. Februar war es soweit: Die Kommission wurde eingesetzt, und alle Fraktionen entsandten Mitglieder. Die vier vor von der AfD vorgeschlagenen Personen - die Abgeordneten Jeannette Auricht und Frank Hansel und die beiden oben genannten Experten – erhielten allesamt keine Mehrheit.

Dieser Vorgang ist so haarsträubend, dass es den anderen Parteien selbst auffallen müsste: Sie errichten ein Gremium, um gegen die angeblich allgegenwärtige Diskriminierung in unserem Land zu Felde zu ziehen und lehnen ohne Begründung zwei Migranten ab, nur weil diese von der falschen Partei vorgeschlagen worden sind. Und diese Parteien werfen der Opposition dann Rassismus oder Diskriminierung vor.

RONALD GLÄSER

Folgen Sie der Hauptstadtfraktion in den Medien und nehmen Sie Kontakt auf:

+49 30 2325-2622
info@afd-fraktion.berlin
afd-fraktion.berlin
x.com/afdfraktionagh
facebook.com/AfDFraktionAGH
youtube.com/c/AfDFraktionAbgeordnetenhausBerlin
instagram.com/afdfraktionagh
tiktok.com/@hauptstadtfraktion

Abonnieren Sie unseren Newsletter

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Fraktion der Alternative für Deutschland im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin **V.I.S.D.P.** Dr. Kristin Brinker **TELEFON** 030 2325-2622 **E-MAIL** info@afd-fraktion.berlin *Diese Zeitung informiert über die Arbeit der AfD-Fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.*

Sehen Sie auch auf YouTube:

Poller dürfen keine Menschenleben gefährden

Feuerwehren und Rettungsfahrzeuge müssen immer schnell und ungehindert jeden Einsatzort in Berlin erreichen können. Denn wir Berliner legen unsere Gesundheit in die Hände dieser Rettungskräfte.

In den letzten Monaten aber wurden immer wieder Feuerwehrfahrzeuge ausgebremst, weil sie unvorbereitet auf „Poller" gestoßen sind oder weil Poller so gestellt worden sind, dass breite Feuerwehrfahrzeuge nicht durch mögliche Öffnungen kamen.

Folge ist ein teils lebensgefährdender Zeitverlust.

Grund ist die fehlende gesetzliche Verpflichtung, Feuerwehr und Polizei im Rahmen der Errichtung von Kiezblockaden oder anderen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung zwingend einzubeziehen. Die Beteiligung erfolgt in den Bezirken uneinheitlich, teils durch Stellungnahmen, teils lediglich durch Kenntnisnahme, in einigen Fällen erfolgt gar keine Information oder Einbeziehung.

Wir fordern verbindliche Beteiligungs- und Informationsverfahren bei der Verkehrsplanung und -gestaltung.

Entweder auf landesgesetzlicher Ebene oder durch eine Bundesratsinitiative zur Anpassung der (StVO), in der festgelegt wird, dass Änderungen an der Straßeninfrastruktur nur unter verpflichtender Beteiligung der Feuerwehr und Polizei erfolgen dürfen.

Leben retten muss Vorrang vor Pollern haben.

ROLF WIEDENHAUPT

BERLIN GENUG VERWAHRLOST!

Sauberkeit ist Ehrensache! Darum fordern wir:

Härtere Strafen und sofortige Konsequenzen

→ Null Toleranz gegen Vermüllung und Vandalismus.

Der öffentliche Nahverkehr darf kein rechtsfreier Raum sein

→ Ordnung und Sauberkeit konsequent durchsetzen.

Graffitischäden sofort beseitigen

→ Kriminelle zur Kasse bitten .

Mehr Durchsetzungskraft für Stadtreinigung und Ordnungsamt

→ Aufstockung der Ressourcen für BSR und Ordnungsamt.

Keine Duldung illegaler Obdachlosencamps

→ Räumung ohne Verzögerung.

Rückführung ortsfremder Obdachloser

→ Rückkehr- und Reintegrationsprogramme für ausländische Obdachlose.

Aufklärung und aktive Mitgestaltung durch die Bürger

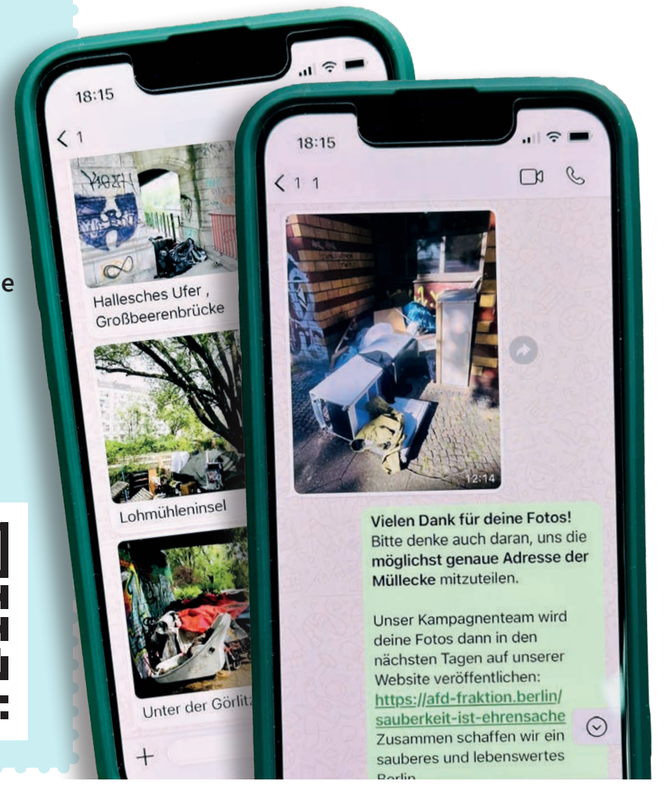
→ Verwahrlosung gemeinsam verhindern.

Mehr Infos und Hintergründe findet ihr auf unserer Webseite:

afd-fraktion.berlin/sauberkeit-ist-ehrensache

Schickt uns die schlimmsten Dreckecken aus eurem Bezirk per WhatsApp:

QR-Code scannen oder unter +49 (0)1512 17 21 491



Judenhass in Berlin: Erneut Hörsaal verwüstet

Wer randaliert, muss endlich konsequent bestraft werden!

Erneut ist die Humboldt-Universität ins Fadenkreuz antisemitischer und linksradikaler Randalierer geraten. Nachdem im Mai 2024 das Sozialwissenschaftliche Institut verwüstet worden war, wurde jetzt im April 2025 der Emil-Fischer-Hörsaal zerstört und mit antisemitischen, linksradikalen und deutschenfeindlichen Parolen beschmiert. Die Angreifer wollten unter anderem erreichen, dass Personen, die sich am Sturm auf das Präsidium der Freien Universität im Oktober 2024 beteiligt hatten, nicht aus Deutschland abgeschoben werden.

Foto AfD-Fraktion Berlin

Der Vorfall zeigt erneut: die bisherige Symbolpolitik und wohlfeile Appelle der Universitätsleitungen an die Täter reichen zur Abschreckung schon lange nicht mehr aus!

Wer Hochschulen verwüstet, Eigentum zerstört oder jüdisches Leben bedroht muss endlich konsequent bestraft werden.

Erforderlich dafür ist ein umfassendes Maßnahmenpaket: Wir brauchen ein schärferes Ordnungsrecht an den Hochschulen, das schnell und wirksam zur Exmatrikulation der Randalierer führt. Unmittelbar darauf muss die sofortige finanzielle Haftung für verursachte Schäden – und für ausländische Straftäter die konsequente Abschiebung – folgen.

Wer Universitäten angreift, muss exmatrikuliert, umfassend zur Rechenschaft gezogen und, falls möglich, abgeschoben werden. Nur konsequente Maßnahmen können weitere Angriffe verhindern.

MARTIN TREFZER

Beförderten Hochschulen Ferat Koçak in den Bundestag?

Ferat Koçak organisierte seinen „Free-Gaza“- Wahlkampf in Berliner Hörsälen

Foto: stock.adobe.c, pixelklex

Ferat Koçak hat für die Linkspartei das Bundestags-Direktmandat in Neukölln gewonnen. Hart an der Grenze zum offenen Antisemitismus war es ihm gelungen, die in der muslimischen Community und der radikalen Linken herrschende Erregung über den Gaza-Konflikt auf seine Mühlen zu leiten. Nur wenige wissen, dass Koçak einen Großteil seines Wahlkampfs aus Berliner Universitäts-Hörsälen heraus organisiert hat. Bei etlichen Veranstaltungen trommelte die Gruppierung ‚Studis gegen Rechts‘ für die Teilnahme an Koçaks Haustürwahlkampf. An allen großen Unis warben Ansprechpartner für die Unterstützung Koçaks. Anders wären die vielen 10.000 Haustürbesuche der Linken in Neukölln auch gar nicht möglich gewesen. Ging dabei alles mit rechten Dingen zu? Nein, der Senat musste auf meine Anfrage *(Drs. 19/21616)* einräumen, dass sich die zur politischen Neutralität verpflichteten Unis hinters Licht führen ließen oder – so darf man vermuten – führen lassen wollten. Denn mehrfach hatte die Wissenschaftssenatorin die Tatsache solcher Veranstaltungen in Hörsälen in Abrede gestellt.

Jetzt – nach der Wahl – gelobt man Besserung. Eines aber ist sicher: Koçaks Unverfrorenheit wird ein Nachspiel haben. Die Bundestagsverwaltung prüft zur Zeit auf Antrag der AfD, ob Koçak den geldwerten Vorteil, den er sich erschlichen hat, samt einer saftigen Strafzahlung zurückzahlen muss. Man darf gespannt sein!

MARTIN TREFZER

Lesen Sie hier die ganze Anfrage:

https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-21616.pdf